



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Bildquelle: Adobe Stock / © Christine Zarschler

Sicherheit für Deutschland

Verteidigungspolitische Positionen
der AfD-Bundestagsfraktion

INHALT

Vorwort	2
Der Auftrag der Bundeswehr	3
Unser Ziel: Deutschland wieder verteidigungsfähig machen!	5
Handlungsfelder der Rekonstitution der Bundeswehr	7
Parlamentarische Tätigkeit im Bundestag	9
Untersuchungsausschuss	11
Der Wehrbeauftragte des Bundestages	12
Ausgewählte Reden der Mitglieder des Arbeitskreises Verteidigung	13
Die Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages	15
Unsere parlamentarische Woche	15
Ausgewählte Anfragen und Anträge des Arbeitskreises Verteidigung	17

Vorwort

»Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.«

Diesen im Soldatengesetz verankerten Eid schwören die Soldaten unserer Bundeswehr. Sie sind bereit und per Gesetz verpflichtet, ihren im Grundgesetz verankerten Auftrag der Verteidigung Deutschlands tapfer zu erfüllen. Die in Paragraph 7 des Soldatengesetzes festgeschriebene Pflicht, für deren Erfüllung unsere Soldaten nötigenfalls Leib und Leben opfern, ist einzigartig. Dafür haben sie zu Recht Anspruch auf Anerkennung und die volle Unterstützung unseres Landes.

Seit Jahrzehnten unterhöheln jedoch alle Bundesregierungen systematisch die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr – sie wurde verkleinert, entkernt und heruntergewirtschaftet. Die Bundeswehr ist zur Verteidigung Deutschlands nicht mehr in der Lage. Viele werten das als Verfassungsbruch. Die Folgen sind einerseits ein stetig wachsendes Gefühl der Unsicherheit und des nachlassenden Vertrauens der Bürger in die Handlungsfähigkeit unserer Sicherheitsorgane und ganz besonders in die Fähigkeiten der Bundeswehr. Andererseits verlieren unsere Soldaten und die Angehörigen der Bundeswehr zunehmend das unabdingbare Vertrauen in die Politik: Das Grundprinzip des gegenseitigen Treueverhältnisses zwischen dem Staat und seinen Soldaten erlischt allmählich.

Mit Ursula von der Leyen wurde eine Politikerin zur Führung des mächtigsten Waffenträgers der Nation erkoren, die über keinerlei Fachkenntnisse verfügte und nicht den geringsten Bezug zur Truppe hatte. Ihr Experiment, die Bundeswehr wie einen Konzern führen zu wollen, endete im Chaos. Ihre Forderungen nach europäischen Freiwilligen in der Bundeswehr oder der Überführung der Bundeswehr in eine Europaarmee waren und sind verfassungswidrig. Ihre Nachfolgerin wurde wieder eine verteidigungspolitische Novizin ohne Fachkenntnis. Neben der Verwaltung ihrer Partei widmet sie sich als Halbtagskraft den Randthemen ihres Ressorts. Anstelle der zwingend erforderlichen Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, hoffte sie auf Kosten der Bundeswehr »kanzlerfähig« zu werden.

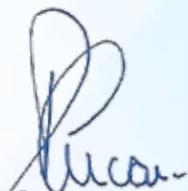
Dabei verkörpern Streitkräfte den vitalen Anspruch eines Staates auf nationale Souveränität und territoriale Integrität. Sie sind das letzte staatliche Mittel zur Abwehr schwerster Bedrohungen für unser Land oder dessen freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dieser Gedanke folgt dem, was Helmuth Graf von Moltke bereits am 11. Januar 1887 im Deutschen Reichstag formulierte:

»Die Armee ist die vornehmste aller Institutionen in jedem Lande; denn sie allein ermöglicht das Bestehen aller übrigen Einrichtungen. Alle politische und bürgerliche Freiheit, alle Schöpfungen der Kultur, der Finanzen stehen und fallen mit dem Heere.«

Mit der Alternative für Deutschland ist der Regierung eine Opposition erwachsen, die diesen Namen verdient. Zehn Abgeordnete vertreten die AfD-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuss. Allein die fünf ordentlichen Mitglieder können als ehemalige Zeit- und Berufssoldaten auf die Erfahrung jahrzehntelangen Dienstes in den Streitkräften zurückgreifen.

Wir wenden uns gegen eine schleichende Abschaffung Deutschlands und kämpfen für eine Bundeswehr, die ihren Verfassungsauftrag erfüllen kann. Sie ist der Garant der Einigkeit, des Rechts und der Freiheit Deutschlands. Dafür arbeiten wir im Deutschen Bundestag.

Ihr



Rüdiger Lucassen, MdB

Obmann im Verteidigungsausschuss und
verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion

Der Auftrag der Bundeswehr

Die Größe Deutschlands, seine Einwohnerzahl, die politische, wirtschaftliche und finanzielle Stärke unseres Landes, aber auch seine geographische Lage im Herzen Europas erfordern eine Bundeswehr, die unsere Heimat vor Angriffen und Erpressung schützen kann. Die Bundeswehr muss in der Lage sein, Deutschland gegen einen Angreifer erfolgreich zu verteidigen. Unsere Bürger vertrauen weltweit auf den Schutz ihres Staates. Vitale Interessen unseres Landes, etwa der Zugang zu überlebenswichtigen Rohstoffen oder zum freien Welthandel, müssen auch im Fall von Blockaden oder Angriffen gewahrt werden. Erforderlichenfalls garantiert unsere Armee den Bestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung, wenn jemand versuchen sollte, deren Staatsfundamentalprinzipien oder den Bestand des deutschen Nationalstaates mit Gewalt zu beseitigen.

Das alles bedingt ein kampfstarke, modernes Militär, das jeder Art konventioneller Bedrohung standzuhalten vermag und substanzielle Fähigkeiten zur Abwehr atomarer, biologischer und chemischer sowie hybrider Angriffe vorhält. Eine deutsche Armee mit den entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen muss sich des uneingeschränkten Rückhalts von Regierung und Volk sicher sein.

Deutschland rückversichert seine Verteidigungsbereitschaft seit 1955 durch die Mitgliedschaft in der NATO. Das nordatlantische Bündnis hat seine Leistungsfähigkeit und Verlässlichkeit in den Jahrzehnten des Kalten Krieges beständig unter Beweis gestellt. Soweit keine gleichwertige Alternative das Schutzbedürfnis der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten kann, hat Deutschland ein ureigenes Interesse an den Schutzgarantien und dem konventionellen wie auch nuklearen Abschreckungspotenzial des stärksten Verteidigungsbündnisses der Welt. Die Bundes-

regierung muss daher die vertraglich vereinbarten Zusagen gegenüber dem Bündnis uneingeschränkt erfüllen und ein überzeugendes Bekenntnis zur strategischen Bedeutung der NATO ablegen. Doppelstrukturen anderer Bündnisformen schwächen die NATO und sind zu vermeiden. Eine EU-Armee lehnen wir gänzlich ab. Als souveräner Nationalstaat sind wir nicht bereit, unsere Hoheitsgewalt anderen, supranationalen Strukturen zu überlassen. Gleichzeitig kann es dauerhafte Sicherheit und Frieden in Europa nur im Ausgleich mit Russland geben. Deutschland kommt insofern eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Staaten des Westens und diesem großen Partner im Osten Europas zu.



Neben der Landesverteidigung und der Garantie der staatlichen Selbstbehauptung Deutschlands können unter besonderen Umständen auch Auslandseinsätze in deutschem Interesse liegen. Sie bleiben aber die Ausnahme und dürfen die Verteidigungsbereitschaft nicht gefährden. Darüber hinaus unterliegen diese stets den strengen Vorgaben nationalen und internationalen Rechts. Wo immer deutsche Soldaten im Einsatz standen, haben sie sich hervorragend bewährt. Auch wenn die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag viele Einsatzmandate ablehnt, verdienen unsere Soldaten für ihre Leistungen höchste Anerkennung und den Respekt des Volkes, in dessen Namen sie von der Regierung entsandt wurden.

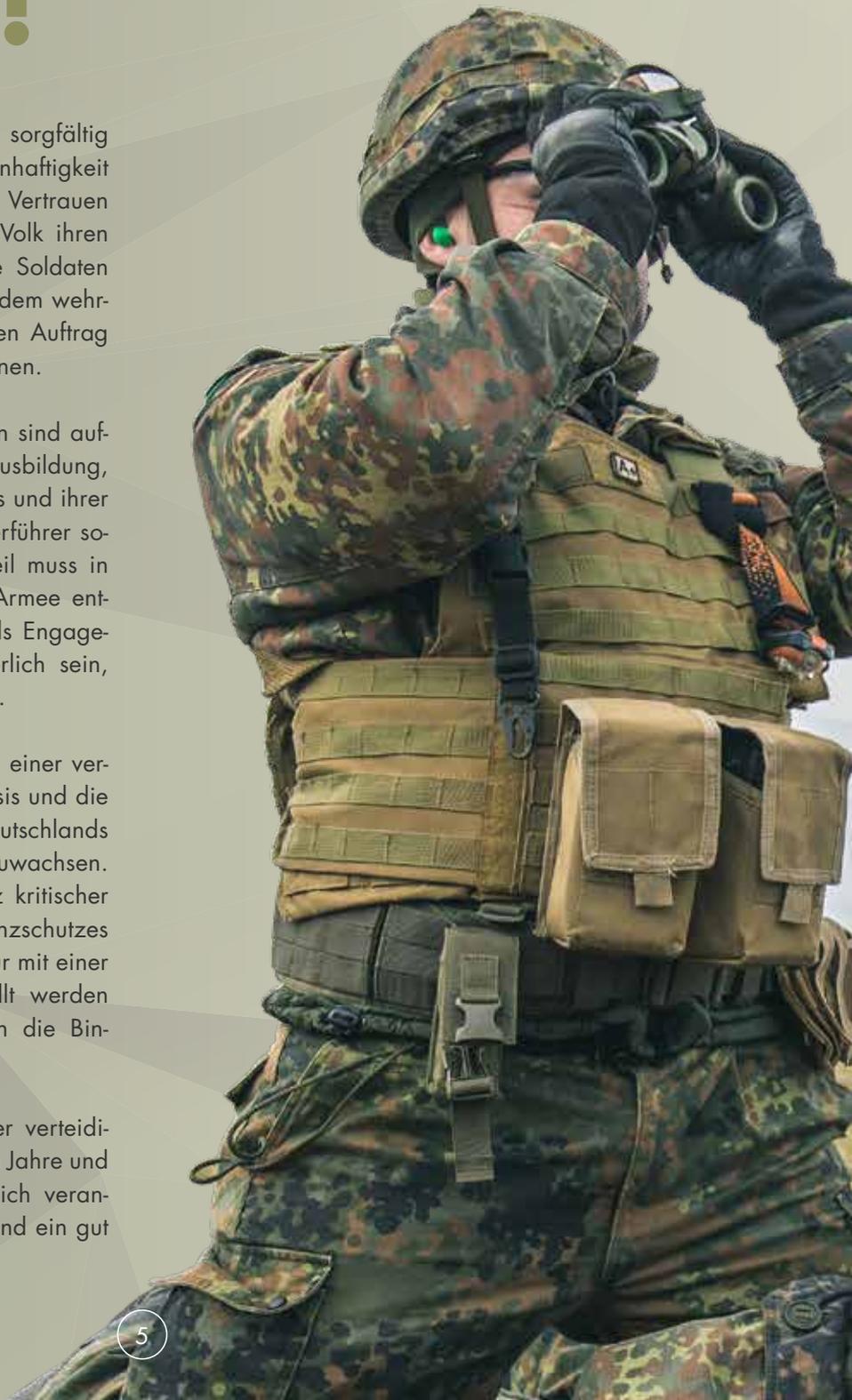
Unser Ziel: Deutschland wieder verteidigungsfähig machen!

Die Bundeswehr benötigt trainierte und sorgfältig ausgebildete Soldaten, die von der Sinnhaftigkeit ihres Auftrags überzeugt sind und im Vertrauen auf ihre Führung und den Rückhalt im Volk ihren verantwortungsvollen Dienst leisten. Die Soldaten verdienen die beste Ausrüstung, die auf dem wehrtechnischen Markt verfügbar ist, um ihren Auftrag ausführen und ihr Leben schützen zu können.

Länger dienende Zeit- und Berufssoldaten sind aufgrund ihrer fundierten und vielseitigen Ausbildung, eines hervorragenden Trainingszustandes und ihrer verdienten Erfahrung als Führer- und Unterführer sowie Spezialisten unverzichtbar. Ihr Anteil muss in einer modernen und hochtechnisierten Armee entsprechend groß sein. Sollte Deutschlands Engagement in einem Auslandseinsatz erforderlich sein, sind sie als Meister ihres Fachs gefordert.

Daneben verlangen vielfältige Aufgaben einer verteidigungsbereiten Armee eine breite Basis und die Fähigkeit, im Falle einer Bedrohung Deutschlands schnell zu einer Verteidigungsstärke aufzuwachsen. Die territoriale Verteidigung, der Schutz kritischer Infrastruktur und die Verstärkung des Grenzschutzes – alles Aufgaben der Bundeswehr, die nur mit einer ausreichenden Anzahl Reservisten erfüllt werden können. Reservisten gewährleisten auch die Bindung zwischen Volk und Streitkräften.

Die Aussetzung der Wehrpflicht war der verteidigungspolitische Kardinalfehler der letzten Jahre und rächt sich jetzt bitter. Die grundgesetzlich verankerte Wehrpflicht muss wieder aktiviert und ein gut



organisiertes, modern bewaffnetes und motiviertes Reservistenkorps geschaffen werden. Dafür ist auch eine geistig-moralische Erneuerung der Truppe und der sie tragenden Gesellschaft erforderlich. Jedes militärische Denken muss sich auf die Befähigung und den Willen zum Bestehen im Kampf konzentrieren. Der Dienst an der Waffe ist einzigartig. Kein anderer Beruf in Deutschland setzt die Akzeptanz und die Bereitschaft voraus, erforderlichenfalls tödliche Gewalt anzuwenden, um die Interessen und die Sicherheit unseres Landes zu verteidigen. Auf diese hohe ethische Verantwortung sind Erziehung, Führung und das Selbstverständnis der Bundeswehr auszurichten. Die bewährten, aber immer weiter verwässerten Prinzipien der Inneren Führung, des

»Staatsbürgers in Uniform« und der Auftragstaktik sind unter Einbeziehung eines schlüssigen Traditionsverständnisses zu einem klaren Gesamtkonzept zu entwickeln. Dieses darf nicht einfach vom Ministerium verordnet werden, sondern muss die Zustimmung der Soldaten finden und von ihnen gelebt werden.

Der gegenseitige Treuebund zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Soldaten verlangt von den Männern und Frauen in Uniform eine besondere emotionale Bindung an unser Land. Deutschland schützt das bewährte Prinzip des »Staatsbürgers als den geborenen Verteidiger seines Vaterlandes«.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage (Drucksache 19/18564) der AfD-Bundestagsfraktion:

»Leistungsfähigkeit des Sanitätsdienstes der Bundeswehr im Verteidigungsfall«

Bundestagsdrucksache 19/19263; 15.05.2020

<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/192/1919263.pdf>



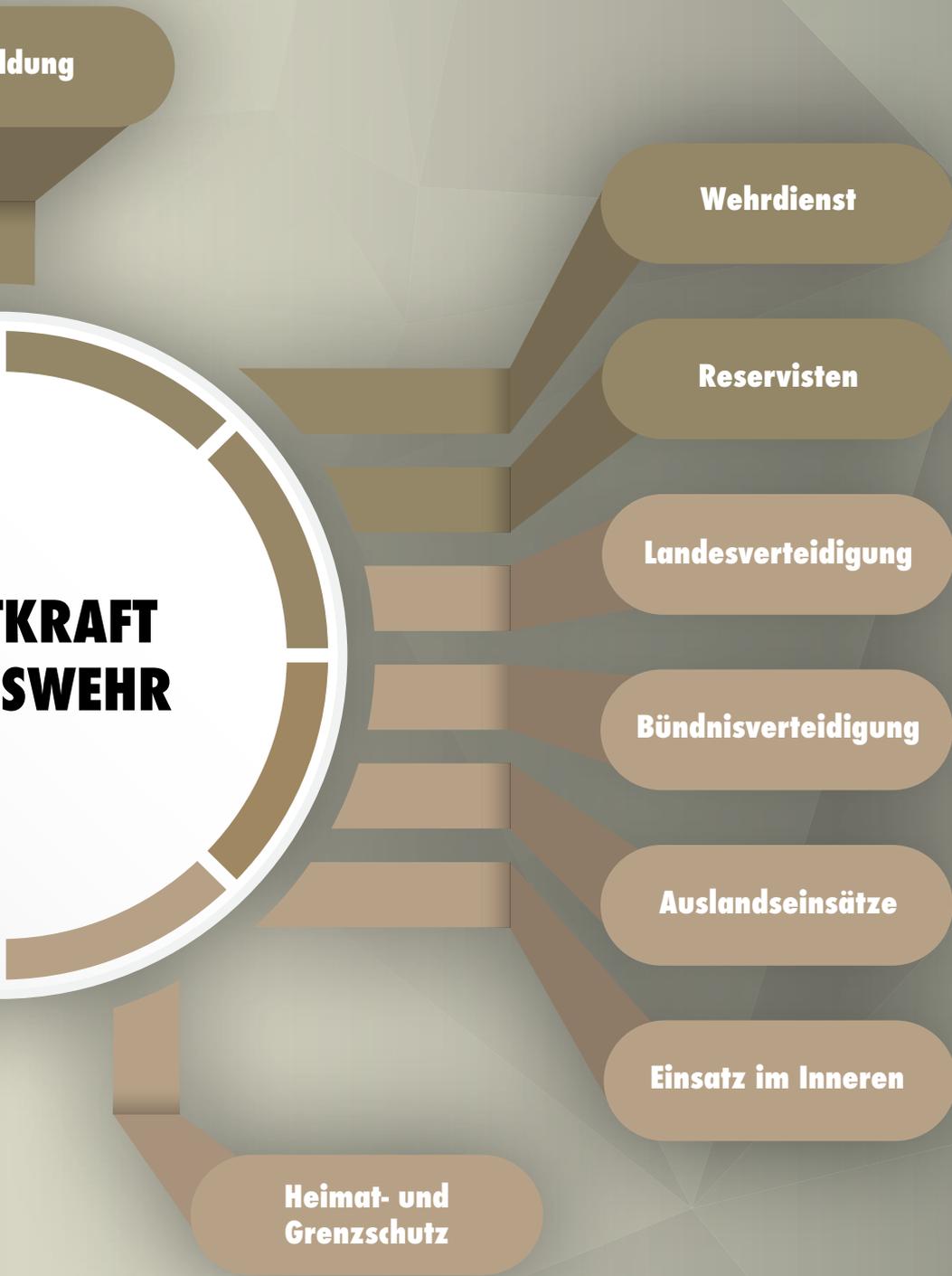
HIER SCANNEN

Handlungsfelder der Bundeswehr



Die AfD-Bundestagsfraktion hat zur Wiedererlangung der vollen V
und militärpolitische Handlungsfelder identifiziert. An ihnen or
Handlungsfelder umfassen die organisatorische und technische
das Selbstverständnis der Truppe. Sie sind in der Gesamtkonze

der Rekonstitution deswehr



Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr fünfzehn militärische orientiert sich unsere tägliche parlamentarische Arbeit. Die Aufstellung sowie das innere Gefüge, die Ausbildung und option »Streitkraft Bundeswehr« näher ausgeführt.

Parlamentarische Tätigkeit im Bundestag



Die Bundesregierung und die sie politisch tragenden Fraktionen der Regierungskoalition im Deutschen Bundestag bedürfen einer wirksamen Kontrolle durch die Opposition. Im Parlamentsbetrieb bieten sich hierzu der AfD-Fraktion im Bundestag vielfältige Möglichkeiten. So kann die AfD eine Oppositionsarbeit leisten, die diesen Namen wirklich verdient und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Besondere Außenwirkung entfalten die in den Medien übertragenen Plenardebatten. Öffentlich und kritisch werden dabei auch die Einsatzmandate oder der Verteidigungshaushalt diskutiert.

Fachpolitische Entscheidungen werden in den Ausschüssen des Bundestages vorbereitet. Das Grundgesetz (Art. 45 a GG) schreibt vier dieser Ausschüsse explizit vor, neben den Ausschüssen für Auswärtiges, für Angelegenheiten der EU und für Petitionen auch den Verteidigungsausschuss.

Die AfD-Fraktion als größte Oppositionsfraktion im Bundestag ist im Verteidigungsausschuss mit fünf

Bundestagsabgeordneten vertreten. Diese fünf ständigen Mitglieder haben alle eine persönliche Beziehung zum Fachthema: Sie kennen als ehemalige Zeit- und Berufssoldaten die Bundeswehr von Grund auf und verfügen über profunde Kenntnisse der gesamtstaatlichen Sicherheitsstrategie. Diese Expertise ist ein Alleinstellungsmerkmal der AfD-Bundestagsabgeordneten im Verteidigungsausschuss. Berufliche Erfahrungen im Bereich Verteidigung sind bei den Ausschussmitgliedern der anderen Bundestagsfraktionen vielfach nicht vorhanden.

Der grundsätzliche Standpunkt für die parlamentarische Arbeit richtet sich nach dem demokratisch beschlossenen Grundsatzprogramm der Alternative

Von der politischen Idee zum Gesetz



für Deutschland und den fachpolitischen Fraktionsbeschlüssen. Verteidigungspolitische Positionen erarbeitet darüber hinaus der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion in Form konzeptioneller Dokumente. Dies geschieht in enger inhaltlicher Abstimmung mit der Bundesprogrammkommission und dem Bundesfachausschuss 1 (Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungshilfe und Außenwirtschaft) der AfD.

Aus konkreten Fragestellungen heraus, die sich beispielsweise bei Rüstungsprojekten oder aktuellen Einzelthemen ergeben, werden im Arbeitskreis nach gründlicher Analyse und Aussprache parlamentarische Initiativen entwickelt. Bei den meisten militär-

politischen Themen ist eine fachübergreifende Abstimmung mit weiteren zuständigen Arbeitskreisen unserer Fraktion erforderlich. Nach erfolgter inhaltlicher Abstimmung zwischen den Arbeitskreisen legen wir in den Sitzungen unserer Fraktion unsere Initiativen der Fraktionsversammlung zur Beschlussfassung vor und bringen sie in das Plenum des Bundestags ein, von wo aus sie an die Fachausschüsse des Bundestages zur Beratung überwiesen werden.

Der Verteidigungsausschuss ist eng in die Verabschiedung des Verteidigungshaushalts eingebunden und beschließt alle Beschaffungsvorhaben von mehr als 25 Millionen Euro. Der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion hat in die Verhandlungen über den Verteidigungshaushalt 2020 insgesamt 34 und für 2021 sogar 36 fundierte Änderungsanträge vorgetragen. Sie wurden von den anderen Fraktionen aus rein parteipolitischen Gründen abgelehnt.

Untersuchungs- ausschuss

Berateraffäre im Bundesverteidigungsministerium

Der Verteidigungsausschuss des Bundestages hat sich am 30. Januar 2019 als Untersuchungsausschuss eingesetzt. Dies bedeutet, dass die Abgeordneten neben der Sitzung des Verteidigungsausschusses am Mittwoch zusätzlich und parallel zur Plenarsitzung am Donnerstag von Mittag bis etwa Mitternacht als Untersuchungsausschuss tagen.

Auslöser für seine Konstituierung war die sogenannte »Berateraffäre« der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Diese hatte versucht, die Bundeswehr als Konzern zu führen und den Sachverstand der Fachleute der Bundeswehr durch zugekaufte Wirtschaftsberatung zu ersetzen. Das dabei im Rahmen von Dutzenden Zeugenbefragungen aufgedeckte Geflecht aus Interessenskollisionen und Begünstigung, Beratungsresistenz und Vertrauensmangel gegenüber den eigenen Fachleuten ist bemerkenswert. Deutlich wurde nicht nur ein nachgerade naives Vertrauen in die Wirtschaftsberatungsindustrie. Das Auftreten der früheren Verantwortungsträger vor dem Untersuchungsausschuss – besonders das der früheren Bundesministerin der Verteidigung und heutigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und ihrer damaligen Staatssekretärin Katrin Suder – war geprägt von einer an Missachtung des Parlaments grenzenden Zurschaustellung von Verantwortungslosigkeit und Gedächtnisverlust.

Besonderheiten: Untersuchungs- ausschüsse und Wehrbeauftragter

Aufgrund der besonderen Machtfülle der Streitkräfte verfügt der Verteidigungsausschuss zur Kontrolle des Bundesministeriums der Verteidigung über eine einzigartige Besonderheit: Als einziger Ausschuss kann er sich gemäß Artikel 45a Absatz 2 des Grundgesetzes selbst als Untersuchungsausschuss konstituieren, wozu bereits die Stimmen von 25 Prozent seiner Mitglieder ausreichen.

Dabei stellte sich der Untersuchungsausschuss, das »schärfste Schwert des Parlamentarismus«, als ziemlich stumpfe Waffe dar: Die vorgeladenen Sachverständigen und Zeugen sollen zur Aufklärung von Sachverhalten beitragen. Anders als bei einem Gericht wird also formal nicht über Schuld und Unschuld der Handelnden entschieden. Wie auch bei den vorherigen Untersuchungsausschüssen »Luftangriff Kunduz« und »Eurohawk« nutzten die Regierungsfractionen leider auch bei der Aufarbeitung der Berateraffäre ihre Mehrheit im Untersuchungsausschuss, um eine wirk-same Kontrolle der Regierung durch das Parlament

zu torpedieren. Somit blieben die nachgewiesenen, schweren Verstöße gegen das Vergaberecht und die diesbezügliche politische Verantwortung der gescheiterten Ex-Ministerin faktisch folgenlos. Gleichwohl haben die Abgeordneten der AfD-Fraktion dieses Forum

nachhaltig genutzt, um bei der Aufklärung der Sachverhalte wichtige Impulse zu setzen und die Öffentlichkeit über die besorgniserregenden Missstände zu informieren.



Broschüre – Bewertung der AfD-Bundestagsfraktion zur „Berateraffäre von der Leyen“

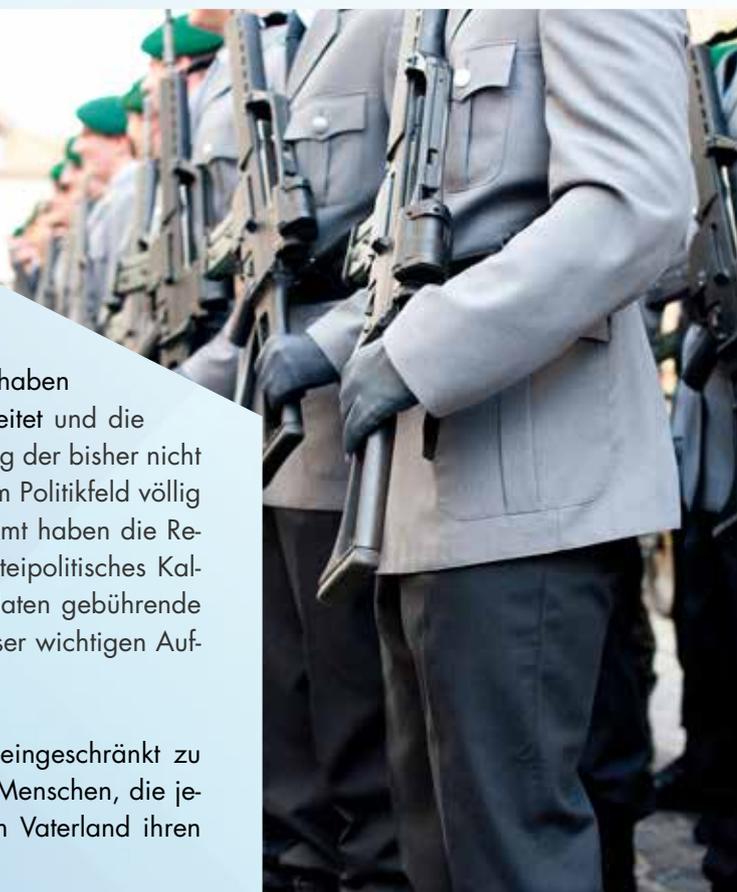


<https://www.afdbundestag.de/aktuelles-infomaterial-2-2-2/>

Der Wehrbeauftragte des Bundestages

Der für fünf Jahre von den Abgeordneten des Bundestages gewählte Wehrbeauftragte unterstützt den Deutschen Bundestag bei der Wahrung der Grundrechte der Soldaten und der Grundsätze der Inneren Führung. Viele Wehrbeauftragte haben sich parteiübergreifend einen guten Ruf erarbeitet und die Bedeutung des Amtes gestärkt. Mit der Einsetzung der bisher nicht mit Verteidigungspolitik befassten und in diesem Politikfeld völlig unkundigen Eva Högl in dieses wohldotierte Amt haben die Regierungsparteien demonstriert, dass ihnen parteipolitisches Kalkül ungleich wichtiger ist als der unseren Soldaten gebührende Anstand und die ernsthafte Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe.

Im Bundestag steht allein die AfD-Fraktion uneingeschränkt zu Deutschland, zu unserer Bundeswehr und den Menschen, die jeden Tag in unverbrüchlicher Treue zu unserem Vaterland ihren Dienst leisten.



Ausgewählte Reden der MdB des An

Rüdiger Lucassen, MdB

zur Regierungserklärung und Amtseinführung der
Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer



<https://dbtg.tv/fvid/7375116>

Jan Nolte, MdB

zu wehrpolitischen Anträgen der Fra
und Bündnis90/Die Grünen



<https://youtu.be/0CSYXHQ7hDU>

Berengar Elsner von Gronow, MdB

zum Bericht des Wehrbeauftragten 2019



<https://dbtg.tv/fvid/7453143>

Mitglieder Arbeitskreises Verteidigung

ktionen Die Linke



Gerold Otten MdB

zur Beratung der Berichte des Wehrbeauftragten 2016/2017



<https://dbtg.tv/fvid/7219178>

Jens Kestner, MdB

zum Antrag der AfD-Bundestagsfraktion
»Einführung eines Verwundetenabzeichens«



<https://dbtg.tv/fvid/7406686>

Die Mitglieder der AfD-Bund Verteidigungsausschuss des



Rüdiger Lucassen, MdB

Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages und verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion



Gerold Otten, MdB

Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages

Unsere parlamentarische Woche

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
<p>Besprechung des Arbeitskreisleiters mit den Mitarbeitern und Referenten zur Wochen- und Terminplanung</p> <p>Abstimmung des weiteren Vorbereitungs- und Recherchebedarfs</p> <p>Anhörung von Sachverständigen, Interessenvertretern und anderen Auskunftspersonen zu Gesetzentwürfen, Anträgen und anderen parlamentarischen Initiativen</p> <p>Treffen der Landesgruppen aller Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion</p>	<p>Sitzung des Arbeitskreises Verteidigung</p> <p>Mittagsrunde der Leiter der Arbeitskreise der AfD-Bundestagsfraktion</p> <p>Fraktionssitzung der Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion</p> <p>Besprechung der Obleute aller Bundestagsfraktionen für den Bereich Verteidigung</p> <p>Runde für die Referenten des Untersuchungsausschusses »Berateraffäre«*</p>	<p>Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages</p> <p>Runde der Fraktionsreferenten der AfD</p> <p>Befragung der Bundesregierung (Fragestunde)</p> <p>Teilnahme an der Sitzung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages mit Redebeiträgen zu verteidigungspolitischen Themen</p> <p>Teilnahme an der Sitzung der Sprecher aller Fraktionen im Untersuchungsausschuss »Berateraffäre«</p>	<p>Teilnahme an der Sitzung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages mit Redebeiträgen zu verteidigungspolitischen Themen</p> <p>Zusätzlich ab Mittag bis Mitternacht: Sitzung des Untersuchungsausschusses »Berateraffäre« zum Verfahrensteil und anschließend die Beweisaufnahme für den Feststellungsteil (Zeugenvernehmung)*</p> <p>Teilnahme an namentlichen Abstimmungen im Plenum des Bundestages</p>	<p>Sitzung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages mit Redebeiträgen zu verteidigungspolitischen Themen</p> <p>Teilnahme an namentlichen Abstimmungen im Plenum des Bundestages</p>

*für die Dauer des Untersuchungsausschusses (bereits abgeschlossen)

ndestagsfraktion im es Deutschen Bundestages



Jens Kestner, MdB

Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss
des Deutschen Bundestages



Jan Nolte, MdB

Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss
des Deutschen Bundestages



Berengar Elsner von Gronow, MdB

Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss
des Deutschen Bundestages

Ausgewählte Anfragen Anträge des Arbeitskreises Verteidigung

Antrag

09.09.2020 – Einsatz in Mali sofort beenden
und alle Soldaten nach Hause holen

19/22187

Antrag

08.05.2019 – § 30c des Soldatengesetzes er-
satzlos streichen – Wöchentliche Rahmendienst-
zeit in der Bundeswehr flexibilisieren

19/22187

Antrag

25.09.2019 – Beschaffung bewaffneter unbe-
mannerter Luftfahrzeuge

19/13527

Antrag

10.12.2019 – Opferbereitschaft deutscher Sol-
daten anerkennen – Einführung eines Verwunde-
tenabzeichens in der Deutschen Bundeswehr

19/15736

Antrag

18.11.2020 – Reaktivierung der Wehrpflicht

19/24401

n und eises

HINWEIS!



Alle unsere parlamentarischen Initiativen können Sie im Internet nachlesen. Geben Sie in die Suchmaske Ihres Webbrowsers das Wort »Bundestagsdrucksache« und die entsprechende Nummer ein.

Kleine Anfrage

Antwort auf 19/20281 vom 22.06.2020
Sanktionen gegen Soldaten im Kontext der sogenannten Farbenlehre der Extremismusbekämpfung des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst

19/20281

Kleine Anfrage

Antwort auf 19/18564 vom 14.04.2020
Leistungsfähigkeit des Sanitätsdienstes der Bundeswehr im Verteidigungsfall

19/19263

Kleine Anfrage

Antwort auf 19/18539 vom 08.04.2020
Fähigkeiten, Kräfte und Mittel der Bundeswehr zur Verteidigung Deutschlands

19/18539

Kleine Anfrage

Antwort auf 19/14055 vom 17.10.2019
Ausstattung der Bundeswehr mit geschützten Fahrzeugen

19/16173



Folgen Sie uns

 AfDBundestag.de

 fb.com/AfDimBundestag

 [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

 [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Arbeitskreis Verteidigung
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Smartphone – Adobe Stock / © inueng

Stand: Dezember 2020

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.